

Welt mehr übrig geblieben, wo an der Spitze der Kommunistischen Partei heute noch dieselben Revolutionäre stehen, die die Partei zur Zeit Lenins geleitet haben. Fast alle sind sie aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen worden. Lenin hatte die ersten vier Kongresse der Komintern geleitet. Gemeinsam mit Lenin habe ich alle grundlegenden Dokumente der Komintern ausgearbeitet. Auf dem IV. Kongreß hat Lenin mit mir das programmatische Referat über die neue ökonomische Politik und die Perspektiven der internationalen Revolution geteilt. Nach Lenins Tode wurden alle Teilnehmer, jedenfalls alle einflussreichen Teilnehmer der ersten vier Kongresse aus der Komintern ausgeschlossen. An der Spitze der Kommunistischen Parteien stehen heute neue, rein zufällig aufgetauchte Menschen, die meist erst gestern aus dem Lager der Gegner oder gar der Feinde gekommen sind. Um die antilenninistische Politik führen zu können, mußte vor allem die gesamte Leninsche Leitung beseitigt werden. Gestützt auf die Bürokratie, auf die neuen, kleinbürgerlichen Kreise, auf den Staatsapparat, auf die GPU, auf die Finanzmittel des Staates, ist Stalin dies gelungen. Und zwar nicht nur in USSR, sondern auch in Deutschland, in Frankreich, in Italien, in Belgien, in den Vereinigten Staaten, in Skandinavien, kurz fast ohne Ausnahme in allen Ländern. Nur ein geistig Blinder wird den Sinn der Tatsache nicht erfassen, weshalb alle nächsten Mitarbeiter und Mitkämpfer Lenins in der RKP und in der Komintern, alle Führer der Partei während der ersten schweren Jahre, alle wichtigeren Teilnehmer der ersten vier Kongresse fast durchweg von ihren Posten entfernt, verurteilt und ausgeschlossen wurden. Für die Durchführung ihrer antilenninistischen Politik brauchen die Stalinisten diesen wütenden Kampf gegen die Leninsche Leitung der Komintern.

Als man die Bolschewisten-Leninisten zerstückelt, beruhigte man die Mitglieder damit, daß die Partei noch nie so gespalten war, wie jetzt. Und das ist noch nicht das Ende. Auf dem Stalinschen Wege gibt es keine Rettung. Man kann nur entweder die Ultraschichten der Weltkriegen, die zentralistische Position Stalins führt unvermeidlich zur Anhäufung von größten wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und zur fortwährenden Zerspaltung und Demolierung der Partei. Noch ist es nicht zu spät, den Kurs zu ändern. Man muß die Politik und das Parteiregime schroff ändern im Geiste der Plattform der Opposition. Man muß mit der schändlichen Verfolgung der besten Leninschen Revolutionäre in der WKP und in der anderen Parteien aufhören. Man muß die Leninsche Leitung wiederherstellen. Man muß die illoyalen, das heißt die gewissenlosen und mehrlichen Methoden des Stalinschen Apparates radikal verurteilen und vernichten. Die Opposition ist bereit, dem proletarischen Kern der Partei bei der Durchführung dieser lebenswichtigen Aufgabe mit allen Kräften zu unterstützen. Weder die tolle Hetze, noch die erblose Verleumdung oder staatliche Repression können unsere Stellung zur Oktoberrevolution und zu der internationalen Partei Lenins beeinflussen. In den Stalinschen Gefängnissen, in der Verbannung und als Vertriebene bleiben wir der einen wie der anderen bis ans Ende treu.

Mit bolschewistischem Gruß
L. Trotsky

Konstantinopel, 27. März 1929.

Zum Attentat in Kowno

Das Attentat gegen den faschistischen Führer in Litauen, Waldemar, das am 6. Mai d. J. geschah, ist, lenkt die Aufmerksamkeit des Weltproletariats wieder einmal auf dieses Land. Man soll sich nicht damit beruhigen lassen, daß es sich um ein kleines Land handelt, dessen Bedeutung in der internationalen Politik und in der proletarischen Weltbewegung nicht hoch einzuschätzen wäre. Denn gerade in diesem Land ist es am besten, die Naturgeschichte des Faschismus kennen zu lernen, ebenso wie die geheimen diplomatischen und strategischen Verwicklungen der Weltmächte.

Litauen ist, wie bekannt, ein Teil des früheren russischen Zarenreiches, der sich während der Revolution zu einem selbständigen bürgerlich-kapitalistischen Staat konstituiert hatte. Im Jahre 1928 haben die Machthaber Litauens das zehnjährige Bestehen ihres „unabhängigen“ Staates gefeiert. Doch ist dieses Land, dessen Bevölkerung hauptsächlich aus werktätigen Bauern und Arbeitern besteht, im Laufe dieser zehn Jahre nie aus dem Belagerungsstand herausgekommen. Die sogenannte Republik befand sich in den Händen der christlich-demokratischen Partei einer katholischen reaktionären Gesellschaft, die das Volk politisch und sozial skrupellos ausbeutete. Die Unzufriedenheit der Volksmassen ging damals so weit, daß sie im Jahre 1926 bei den Wahlen in den Sejm zum Ausdruck kommen konnte. Die Sozialdemokraten und die Liudiniki (Bäuerliche Volkspartei) versprachen dem Volke, die echte Demokratie einzuführen und erhielten die Mehrheit der Wahlstimmen. Dann die Kommunisten und die Sozialrevolutionäre — Maximalisten hatten als illegale Parteien kein Recht, in den Wahlen aufzutreten. Doch haben die beiden demokratischen Parteien die Regierung in ihre Hand bekommen, nicht ihre Lage auszunutzen verstanden. Sie suchten die beiden radikalen sozialistischen Parteien von den legalen und Maximalisten legal aufzutreten und fanden keinen Mut, den sozialen Forderungen der Massen irgendwie entgegenzukommen. Dagegen ließen sie die Radikalen von der reaktionären Seite, unter denen sich auch die Tautiniki (Faschisten) befanden, wachsen und aufsteigen. Am 17. XII. 1926 hat eine Militärgruppe im Auftrag der Faschisten diese demokratische Regierung mit einem Schläge beseitigt. Keiner stellte sich ihnen entgegen. Die Sozialdemokraten und Liudiniki ließen alle ihre demokratischen Rechte fallen um den Preis ihres weiteren legalen Bestehens. Die Kommunisten erklärten, daß sie keinen aktiven Widerstand leisten könnten.

Der Prolet

Der die Maschinen bebaut.
Der das Saat Korn legt.
Der in Schächten schürft.
Der den Hammer führt.
Der das Brot bringt und das Licht.
Der mit dem gequälten zerfurchten Gesicht.
Der in Schweiß und Ruß schuften muß.
Der über Schreipulpen gebückt.
Aus dem der Hunger blickt.
Der der Geldmob knechtet.
Den er ausbeutet. Den er entrechtet.
Den er in Schutzhaft steckt bis er verreckt.
Den er niederknallt wie's ihm gefällt.
Der heißt Prolet. Proletarier sind Kinder.
Bürger! Dich lassen sie. Dich schlagen sie nieder.
Für dich arbeiten sie nicht mehr. Sie pfeifen auf deinen Lohn.
Sie heben die Waffen. Zur Revolution.
Sie ertönen die Stunde. Ihr Reich ist nah.
Gebt frei die Erde. Der Mensch ist da.

Oskar Kanehl.

Bei dieser Sachlage konnten die Maximalisten allein damals nicht den Kampf führen. Die Faschisten erklärten wieder einmal den Belagerungsstand, ließen durch die Feldgerichte Hunderte von Revolutionären hinrichten. Hunderte von solchen in die Gefängnisse stecken. Das faschistische Regime Litauens, das sich sofort mit dem italienischen verbunden hat, glaubte Sieger zu sein. Doch schon am 9. September 1927 kam der Aufstand der Arbeiter und Bauern in der Stadt Tauragien. Einen Tag lang vertreiben die Werktätigen der Stadt Tauragien. Einen blutigen unterdrückt, aber er zeigte den Machthabern, daß ihre Position keineswegs befestigt war. Das Gegenstück Tauragien verlor die faschistische Regierung Waldemars' bis zum heutigen Tag. Alle sozialistischen Parteien, darunter auch die Kommunisten, lehnten jede Verantwortlichkeit für diese Bewegung ab; so kam es, daß die einzigen führenden Elemente in ihr die Maximalisten waren.

Seit jener Zeit hat die sogenannte Opposition im Lande, bestehend aus den Sozialdemokraten, Liudiniki und christlichen Demokraten, nichts mehr aussrichten können. Die Führer dieser Parteien haben meistens die politische Arena verlassen und begaben sich auf das Gebiet der wirtschaftlichen und Kulturarbeit, wo sie mit den Faschisten eigentlich zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit geschieht oftmals in solchen Formen, daß man sie nicht anders als Verrat an den blutigen Interessen der Volksmassen bezeichnen kann. Doch konnte sie auch bei dieser Sachlage das Faschisten-Regime nicht beseitigen, denn außerdem allen „demokratischen“ Führern gab es noch wertigere revolutionäre Opposition. Diese revolutionäre Opposition, bestehend aus den blutigen Terrors, verschwinden die antilenninistischen Stimmungen im Volke nicht. Es hilft auch nichts die andere Taktik der Faschisten; die Versuche, die werktätigen Massen durch Konzessionen zu bestechen. So wurden im vergangenen Frühjahr Wahlen durchgeführt in die neu gegründete Landwirtschaftskammer und in die Krankenkassen. An diesen Wahlen nahmen nur 30 % der Wahlberechtigten teil und auch diese haben zum großen Teil für die Kandidaten der legalen Opposition gestimmt. Selbstverständlich sind solche Wahlergebnisse keine Gefahr für das Regime, das beweist aber, daß der Faschismus gar keine Stütze in den Arbeitern und Bauernmassen hat. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch bei der Organisation der „bäuerlichen Einheitskomitees“. Trotz der großen Geldsummen, die dafür von der Regierung verwendet wurden, waren die Resultate gleich Null. In Ortschaften bildeten sich zwar Komitees von Beamten, Gutbesitzern und Großbauern jedoch die breiten Massen der Werktätigen Bauern stehen abseits und sind mißtrauisch gestimmt gegen diejenigen, die sich bei den Faschisten einschmeicheln. Anleihen erhalten usw.

Die Unzufriedenheit mit der faschistischen Regierung hat sich nach der zweijährigen Herrschaft nicht vermindert, sondern vergrößert. Insbesondere steht das in Zusammenhang mit der großen Mißrate dieses Jahres, mit der wachsenden Teuerung und Arbeitslosigkeit. Die Bauern hungern, sind nicht im Stande ihre Schulden zu zahlen und können nicht in den Städten kaufen. Dadurch wird der gesamte Handel in den Städten zerstört. Die Last der Steuern wird aber von der Regierung nicht vermindert. Darum steigt auch so sehr die Zahl der Auswanderer aus dem Lande. Allein passive Unzufriedenheit genügt nicht, um dieses machen müssen Lösungen der sozialen Revolution aufgestellt werden. Eine rein politische Revolution d. h. ein Aufstand gegen die faschistische Diktatur zum Zweck der Wiederherstellung der politischen „Demokratie“ oder der Reichsverfassung, hat gar keine Aussichten. Dadurch erklärt sich auch zum Teil, daß alle die „Wiederhersteller der Demokratie“ (von den christlichen Demokraten bis zu den Sozialdemokraten) Anhänger der legalen „Kampfmethode“ sind und an die Evolution des Faschismus glauben. Vor der Revolution haben sie ebensoviel Angst wie die Faschisten. Nur der Sozialdemokrat Pletschkaitis mit seiner gesamten Gruppe in Polen spricht noch über einen bewaffneten Aufstand gegen das Faschistenregime und Wiederherstellung der wahren Demokratie. Aber die Pletschkaitisbewegung kann man überhaupt nicht als revolutionäre Bewegung betrachten, da sie die militärischen Kräfte Pilsudskis hinter sich hat und mit der Hilfe von Offizieren Pilsudskis ausgebildet wird. Die Taktik von Pletschkaitis, als Ergebnis politisch-diplomatischen Spiels fremder reaktionärer Kräfte, ist nicht nur außerordentlich schädlich für den Be-

freiungskampf der Arbeiterklasse Litauens, sondern hat bei der jetzigen internationalen Lage auch keine Aussicht. Der antifaschistische Kampf in Litauen ist nur mit revolutionären Lösungen möglich. Diesen Standpunkt vertritt im allgemeinen die illegale Opposition, d. h. die Kommunistische Partei Litauens und die Sozialrevolutionäre-Maximalisten Litauens. Aber die Kampfmethoden dieser beiden Organisationen sind grundverschieden. Die Kommunistische Partei Litauens steht nicht auf eigenen Füßen, sondern übernimmt sklavisch die Parolen aus Moskau. Es ist deshalb kein Wunder, daß die litauischen Bolschewiki am meisten bekämpfen nicht so sehr die Faschisten wie die Maximalisten und alle diejenigen, die nicht mit ihnen zusammengehen. In ihrer Presse „Kommunistas“ („Baltas“) bezeichnen sie jede Aktion gegen die faschistische Diktatur, die nicht unter ihrer Führung steht, als „durch die Agenten Pilsudskis hervorgerufen“. Besonders gehen sie sich viel Mühe, um die politische Emigration der litauischen Sozialisten zu zersetzen. Dafür können sich die litauischen Faschisten bei den Kommunisten bedanken. Sie haben aber auch die eigene Partei zersetzt. Daß die Kommunistische Partei Litauens eine tiefe Krise durchmacht, bestreiten sie selbst in ihrer Presse nicht. In der Entwicklung dieser Krise spielte eine große Rolle eine in Moskau für die litauischen Kommunisten fabriizierte Parole „Verteidigung der Unabhängigkeit Litauens gegen die polnischen Imperialisten“. Die bolschewistischen Führer verstiegen sich so weit, daß sie erklärten, sie allein wären die einzigen schützenden Kämpfer für die Unabhängigkeit Litauens. Doch hat die Arbeiterklasse die in diesem unabhängigen Litauen die größte Not und die schwerste Abhängigkeit zu tragen hat, mit Recht über diese Parole gespottet. Sogar den einfachsten Arbeitern wurde es klar, daß die Unabhängigkeitsparole durch die Interessen der Moskauer Diplomatie hervorgerufen ist, keineswegs aber durch die Interessen der revolutionären Kämpfer der litauischen Arbeiterklasse. Es ist kein Wunder, daß die Führer der litauischen KP, eine solche Politik trübten, wenn wir in Betracht ziehen, daß die Moskauer Regierung im freundschaftlichsten Einvernehmen mit der faschistischen Regierung Litauens steht. Anlässlich des zehnten Jahrestages des litauischen Staates sandte Tschitscherin an Waldemars folgendes Telegramm:

„Ich erachte es für meine Pflicht, die Regierung der litauischen Republik in Ihrer Person zu beglückwünschen. Die Sowjetregierung, die auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen fußt, sowie alle Völker der Sowjetunion verfolgen stets mit tiefer Sympathie die Entwicklung und Befestigung Litauens und waren bestrebt, die Unabhängigkeit bei jeder Gelegenheit zu unterstützen. Ich bin überzeugt, daß sich auch weiterhin die Unabhängigkeit Litauens feststellen wird und daß das Wohl des litauischen Volkes auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Litauen und der Sowjetunion immer fester gestalten wird.“

Es ist klar, daß bei dieser Sachlage die Kampfaufgabe der Sozialrevolutionäre-Maximalisten sehr erschwert wird. Doch arbeiten die Maximalisten trotz der schweren Umstände an der Zerschlagung der faschistischen Diktatur. Sie stellen folgende Parolen auf: Organisation der Arbeiter und werktätigen Bauern zum bewaffneten Kampf, Sturz der faschistischen Diktatur, Sturz des gesamten kapitalistischen Systems und Umwandlung Litauens zu einer werktätigen Republik in Form der freien Räte der Arbeiter und werktätigen Bauern; Sozialisierung sämtlicher Produktionsmittel durch eine Verbindung von Produzenten-Syndikaten und Konsumenten-Genossenschaften. Die Parolen und die Taktik der Maximalisten finden Anklang in den Massen, da es dem Faschismus nicht gelungen ist, die freieheitliche Stimmung in den Arbeiterschichten zu ersticken. (Zur Propaganda geben die Maximalisten eine illegale Zeitschrift „Revolutionieris“ sowie Flugblätter heraus). Diese Schilderung der Zustände in Litauen erklärt zur Genüge die letzten Ereignisse in diesem Lande. Es wird verständlich, daß die Regierung in ständiger Nervosität lebt. Darum hat sie von einigen Wochen selbst auf die legalen Sozialdemokraten einen planmäßigen Überfall unternommen. Sie hat die Partei aufgelöst und einige ihrer Führer ins Gefängnis gesteckt. Es wird auch verständlich, in wie weit die faschistische Diktatur in Waldemars kommen konnte. Auch bei diesem Attentat hat sich herausgestellt, in wie weit die faschistische Klique im Lande isoliert steht und von allen, selbst den christlich-demokratischen Kreisen, verlassen ist. Die Regierung hat hunderte von Sozialisten, Studenten, Lehrern verhaftet, um sich mit einem Male aller ihrer Feinde zu entledigen. Es ist kaum zu erwarten, daß es ihr gelingen wird.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Paul Böhm, Berlin-Spandau, Staaken Str. 18. Druck: Müllersche Buchdruckerei, Berlin-Steglitz, Bergstraße 83. Fernsprecher: G2, Steglitz 2066

Die gelesene Nummer des SPARTAKUS wegwerfen, heisst dem Klassenbruder Erkenntnismaterial unterschlagen!

Hier abtrennen

Postamt

Unterschiedet bestellt hiermit die monatl. zweimal erschein. Ztg.

SPARTAKUS

zum Bezugspreis v. 90 Pfg. vierteljährl. ab 1929

Verlagsort: Berlin-Spandau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29.

Bezugsgeld ist von mir zu erheben

Name Ort und Zustellungspostamt

Straße und Hausnummer

Nr. 12 — 4. Jahrgang
9. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Berlin-Spandau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag, Spandau, Staaken Str. 18

Juni 1929

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Einzelnummer 15 Pfg.
erscheint monatlich zweimal

Bezugspreis ist im voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pf. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich 1,20 Mk. Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin Nr. 145213

Magdeburg und Wedding

Zwei Parteitage

Die Parteitage der Parteien, sowohl der bürgerlichen als auch der sogenannten Arbeiterparteien, sind nicht anders als Propagandaveranstaltungen zu betrachten, die den Zweck haben den Anhängern ein nicht gutes Bild von der Organisation zu machen. Nicht die Notwendigkeit, brennende Fragen zu erörtern und zu klären, Rückschau zu halten über die Tätigkeit der Organisation und daraus Lehren zu ziehen für die Zukunft, ist die Aufgabe solcher Tagungen, sondern den Mitgliedern die Illusion zu erhalten und zu klären, die Aufgabe solcher Tagungen und die Tätigkeit der Organisation durch die gewählten Vertreter einfließen ausüben könnten. Trotz der verschiedenen Einstellung der bürgerlichen Organisationen zueinander, wozu selbstverständlich die parlamentarischen Arbeiterparteien gehören, sind sie im Aufbau der Organisation und in der Methode ihrer Bewegung alle gleich.

Die Taktik dieser Parteien erhält ihre Bestimmung von den Vorständen und Führern schon bevor sie auf dem Parteitag überhaupt zur Sprache gebracht wird. Beschlüsse und Richtlinien sind schon vor bindend erklärt und angenommen, ehe sie ein Delegierter zur Tatsache des Stimmrechts der Delegierten, abgesehen davon, daß die Mehrzahl derselben immer so zusammengesetzt ist, daß für die jeweilige Führung immer die Majorität vorhanden ist.

Es kann bei diesen Organisationen auch garnicht anders sein, sonst könnten sie nicht ihrer Bestimmung gemäß handeln. Bürgerliche Organisationen haben nicht die Interessen ihrer Anhänger, sondern die ihrer Auftraggeber zu vertreten. Dabei ist es gleichgültig ob die Auftraggeber, wie bei den offenen bürgerlichen Parteien, bestimmte bürgerlichen, der SPD, die erschreckende Zahl einer bürgerlichen, der kommunistischen Partei, der KPD, sind, oder wenn die Anwärterenschaft von Regierungsmachern, bei der KPD, das kapitalistische Rußland, sind, immer werden die Parteien von diesen Interessenten in ihrer Handlung bestimmt und was drum und drin ist, dient zur Benebelung gutgläubiger Hirne, die sich von den Bonzenklängen noch einfangen und festhalten lassen. Von dieser Erkenntnis ausgegangen sind die aufgelegten Parteitage zu betrachten, da verlieren sie den Charakter verlängerter Feierlichkeit und erscheinen als mehr oder minder gut inszenierte Theaterstücke.

Die Tagung der über- und über mit Blut befleckten Sozialdemokratie in Magdeburg, hat zum wiederholten Male bewiesen, daß nur noch absolut und hoffnungslos schwachsinrige Arbeiter dieser Partei Gefährlichkeit leisten können. Herr Wels hatte in seiner Eröffnungsrede den Arbeitern gezeigt, daß die Sozialdemokratie gewillt ist ihre Henkerarbeit für die deutsche Bourgeoisie bis zum letzten Blutstropfen des deutschen Proletariats durchzuführen. Die Sozialdemokratie, so sagte er, ist die Partei in Deutschland, der allein das Recht zusteht die Diktatur auszuüben, und er kündigt an, daß sie im gegebenen Moment ihre Bereitschaft dazu beweisen wird. Der Belag ist, daß die Sozialfaschisten dazu gut in der Lage sind, Proletariern eingebrennt ins Hirn in den Jahren sozialfaschistischer Regierungstätigkeit. Der letzte Beweis dafür sind die Blutlachen des Zörgiebel in den Berliner Matigen. In diesen Tagen tobte sich in Berlin der ganze und einzige Inhalt der sozialdemokratischen Theorie vollends aus. Kann es da noch Arbeiter geben, die die Stellungnahme in Magdeburg aller Schattierungen der SPD zur Wehrfrage, verwundern könnte. Kann ein Arbeiter sich noch darüber verwundern, daß der Parteivorstand der SPD regiert verbietet über die Panzerkreuzerfrage zu sprechen und ihnen gleichzeitig mitteilt, daß die SPD-Fraktion gegen die zweite Rate stimmen wird, und die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung dafür stimmen werden, was inzwischen schon, wie in Magdeburg festgelegt, erfolgt ist. Für

revolutionäre Proletarier ist das keineswegs mehr verwunderlich, sie wissen, daß die einzige Tätigkeit der Sozialdemokraten ist; Blutarbeit für die Bourgeoisie zu leisten. Beschämend nur ist die unerhörte Beeterschaft, mit der sie dieser Henkerstätigkeit begeben. Das Fazit sozialdemokratischer Parteitage bleibt immer gleich. Selbstverständlich kommt dann und wenn eine leichte Abweichung von dem vom Parteivorstand vorgezeichneten Ablauf von dem vom Parteivorstand unter den Delegierten einer oder wenige sind, bei denen sich infolge allzu großer Naivität noch nicht das für Sozialfaschisten notwendige robuste Gewissen herausbildet konnte. Von der Führung sind solche Abweichungen, wenn sie keine ersteren Formen annehmen, wofür die Regie schon sorgen wird, erwünscht, für jeden Parteitag unentbehrliche Vorkommnisse, die den Massen Bewegung einer im Stumpfsinn und Verrat versackten Partei vortauschen soll.

Diese sogenannte Opposition, die keine ist, denn ihre Eierstände auf Kongressen sind nichts anderes, als der Versuch sich ein Alibi zu verschaffen für die weitere Tätigkeit mit und für den Parteivorstand; die Oppositionsspieler sind ein schwererer, weil raffinierterer Betrug an den folgamen Anhängern.

Mit derselben Tüchtigkeit wie die SPD, inszeniert auch die KPD ihre Parteitage und benutzt dieselben Methoden wie diese. Während in Magdeburg die Pressevertreter der KPD nicht zugelassen wurden, weil sie angeblich zuviel lügen, hat man auf dem Wedding Parteitag der KPD, den deutschen Sozialdemokraten und linken kommunistischen Vertretern den Zutritt zur Pressetribüne versagt, sie aus dem Saal gewiesen. Wir erinnern uns noch wie die Presse der KPD über ihr magdeburgisches Mißgeschick in allen Abarten pöbelte gegen SPD und Lügenvorwärts, aber sie selbst benutzen dieselbe Methode. Mit großem Pomp wurde im Berliner Wedding der KPD-Parteitag aufgelesen, wobei man nochmal die Fälschung der Geschichte vornahm; indem den blutigen Matigen und ihrem Ausgang wissentlich eine nicht effektvolle Beigewinnung wird. In ihrer Sucht ihren Parteitag gerade nach Berlin-Wedding verlegt, um angeblich die heidenhaften Barrikadenkämpfer zu ehren. Ohne dabei zu bedenken, daß gerade diese falsche Darstellung der Matigen das Verhalten der Polizei in einem anderen Lichte erscheinen läßt, als es selbst von bürgerlichen Zeitungsleuten gesehen wurde. Es ist hier schon gesagt worden und wir wiederholen es; in den Matigen sind die Berliner Arbeiter von der Polizei gehetzt und erschossen worden, ohne daß ein Polizist in Berlin ernsthaft verletzt oder gar erschossen wurde. Barrikadenkämpfe, die nicht stattgefunden haben, braucht die KP zur Propaganda. Dem Parteitag im Wedding, dem eine solche propagandistische Grundlage geschaffen wurde, entsprach seinen Bedürfnis der KP. Mit Begleitungen und Symptatienkudengungen bestellter Delegationen wurden die Arbeiter Müller aus Sachsen, der mit einer Parteitagssendelegation nach Berlin kam, zu Welberühmtheit gelangte, denn die Pressenmanager der KP, hetzen solche Sachen zu Tode, obwohl noch nicht feststeht, daß Müller auch tatsächlich sozialdemokratisches Mitglied ist. Ein treffendes Beispiel jedenfalls auf welchem Niveau dieser Parteitag sich bewegte. Wenn bei anderen Parteien eine Abhängigkeit von bestimmten, sich im Hintergrunde bewegenden Interessen festgestellt wurde, so trifft das auf die KP. In bezug auf Rußland besonders zu. Jede merkbare Schwankung in der Politik Rußlands macht sich bedeutsam in der Parolendrescherei der

KP. Der monotone Schrei der KP-Presse gegen England hörte in dem Moment auf, wo eine Delegation englischer Industrieller nach Rußland fuhr, um zu studieren, ob die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen England und Rußland erweitert und die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden können. Jede Schwankung in der Beziehung Rußlands zu anderen Ländern macht sich ebenso bemerkbar.

Selbstverständlich ist auch das Manuskript Teddy Thälmanns, zu einer mehrstündigen Rede über die politische Generallinie der KP, von seinen Angehörigen dementsprechend bearbeitet. Während der vorletzte Parteitag der KP, noch die absurde Parole von der relativen Stabilisierung herausgab, hat man auf dem Wedding Kongreß davon nichts gehört, im Gegenteil:

„... Diese Periode ist gekennzeichnet durch eine scharfe Zuspitzung aller Widersprüche des kapitalistischen Systems, sowohl der inneren als auch der äußeren, in internationalem Maßstabe...“ lassen die Moskauer Teddy sagen. Das zeugt nicht etwa davon, daß man eingesehen hätte wie falsch die irrhere Parole war, sondern es zeigt nur, daß ein anderer als Bucharian der Kominterntheoretiker geworden ist. Geändert hat dieser Parolewechsel an der Politik der KP nichts. Aus der „relativen Stabilisierung“ sowie aus der Erkenntnis der Parole „der scharfen Zuspitzung der Widersprüche“ werden dieselben reformistischen Folgerungen gezogen. Diese „Analysen“ der kapitalistischen Gesellschaft sind eben nichts anderes als notwendige Phrasen zur Umschreibung einer Politik die mit den Interessen des Proletariats nichts mehr gemein hat. Und die Thälmann und Heckerts sprechen folgsam nach, was ihnen von Moskau vorgesetzt wird.

Durch den katastrophalen Schlag, den die KP, in der Gewerkschaftsfrage Tag für Tag durch die Sozialdemokraten erhält, durch die Säuberung der Gewerkschaften von kommunistischen Funktionären ist sie gezwungen eine bestimmte Umstellung in dieser Frage vorzunehmen. Es wäre aber sehr naiv, wollte man annehmen, daß nun eine Lösung der Gewerkschaftsfrage im revolutionären Sinne vorgenommen würde, dazu ist diese Partei weder jetzt noch jemals in der Lage, ihr Gang ist auf den absoluten Nipp reformistischer Entartung gerichtet. Da wo eine Niederlassung auf schon bestehender reformistischer Grundlage durch die Konkurrenz der SPD, nicht mehr möglich ist, wird sie gezwungen, ebensolche Grundlagen zu schaffen, um dadurch noch schneller ihrem Untergang vorzuarbeiten. Von der reformistischen Grundlage abgedrängt, gibt es für die KP, keinen Halt mehr vor der Vernichtung; zwischen Reformismus und revolutionärem Klassenkampf ist ein Mittelding nicht existenzfähig. Das wissen die Leute im ZK, und stehen vor dieser Tatsache hilflos. Die Ausgeschlossenen in die Gewerkschaften wieder hineinzubringen ist angesichts des sozialdemokratischen Machtwillens unmöglich, daher ergibt sich für sie nur die Möglichkeit; neue Gewerkschaften aufzuziehen und daran zu scheitern. Die große Masse der Proleten, die sich in die Gewerkschaften nicht mehr aufnehmen lassen wollen, die Unorganisierten, werden als Freiwild „kommunistischer“ Propagandajäger betrachtet um beim kommenden Bankrott die neue Grundlage für ihre weitere verderbliche Tätigkeit zu haben. Von dieser Erkenntnis ausgehend richtet die KP, über den Parteitag eine neue Parole: Bildung von Betriebsfunktionären, die die Unorganisierten KP-fähig zu machen haben. Zweifellos wird es Ihnen gelingen größere Teile der unorganisierten Arbeiter zu fangen, da sie die Gewerkschaftsfrage dabei im Hintergrund halten, aber ebenso gewiß ist es, daß dies einer der mächtigsten Faktoren zur Vernichtung der KP, sein wird. Trotz der scheinbaren Erfolge der Partei in der letzten Zeit, die so gern herangezogen werden, um zu beweisen, daß die Partei gesund ist, ist der Weg zum

Zerfall unverkennbar. Nicht der mehr oder minder große Anhang, besonders nicht der durch parlamentarische Wahlaktionen verursachte, ist entscheidend und bestimmend für die Gesundheit einer Organisation, sondern die Fähigkeit gegenwärtigen und kommenden Bewegungen in der Klassengesellschaft dem Proletariat zielklar und wegweisend voran gehen zu können, zeugt allein von der Gesundheit einer Organisation. Je mehr eine Organisation an die heutige Gesellschaft durch den Reformismus gebunden ist und dabei mit revolutionären Phrasen operiert, um so leichter wird sie an innerem Zerfall zugrunde gehen, weil beide Faktoren gesonderte Vertreter haben, die heilig aufeinanderprallen müssen.

In der Komintern und besonders in der KPD, tobte auf jedem Parteitag der Kampf der Zentrale mit der Opposition und auch auf dem Wedding war dasselbe der Fall. Der Zwiespalt zwischen reformistischer Tätigkeit und revolutionärer Phrase war auch im Kampf zwischen dem ZK und den sogenannten Versäulern der treibende Faktor und endete mit der in der Komintern schon geläufigen Versicherung, daß die Oppositionellen die Beschlüsse des ZK anerkennen und dafür arbeiten werden, obwohl man sie vorher sehr scharf bekämpfte und sie für sehr gefährlich hielt.

10 Jahre Versailler Vertrag

Vor zehn Jahren wurde der deutschen Bourgeoisie der Frieden diktiert, den sie gern der Entente und der ganzen Welt diktiert hätte — insbesondere nachdem sie in Brest-Litowsk Blut geleckt hatte. Vier Jahre lang hatte die herrschende Klasse sich einem von der Presse (einschließlich der sozialdemokratischen) und den Parteien (einschließlich der sozialdemokratischen) immer wieder genährten Machttraum hingelassen. Es waren ja nicht nur die Ludendorff, Class und Gen., die in heute irrsinnig anmutenden Reden und Schriften die am deutschen Wesen genesene Welt neu aufteilten, es waren auch die heutigen angeleglichen Völkerveröhnungspostel und „großen“ Republikaner Stresemann, Erzberger und Rathenau, die vom „Weltensühnvertrag“ (— ein Wort des Kriegshetzers Kerr) ein großes Stück für Deutschland abgeschnitten wissen wollten. Und die kriegsgeheime sozialdemokratische Journaille unterstützte begeistert den Schrei nach dem „größeren Deutschland“. Daß es da Gegensätze gab in den Zielen, in der Frage, wie weit man die Grenzpläne zu verrücken gedachte, das waren nur Gradunterschiede. Die Sozialdemokratie wollte die deutsche Flagge für immer von den Türmen Antwerpens wehen lassen, Landsberg wollte im Osten die Annexion der Naraw-Linie, Oskar Geck das Vogesenloch „zustopfen“, Meerfeld-Köln

Im Lande Gottes

Erlebnisse eines ausgewanderten Proletariats in U. S. A. Als das Geld immer gefährlicher zusammenkam, das ich bei der Straßenreinigung erhalten hatte, ging ich als Porter in ein Hospital. Da bekam ich eine traurige blau-weiß gestreifte Jacke und Hose und den Auftrag, mich mit einem gewaltigen Wassereimer auf die obere Sprosse einer Leiter zu stellen und die Decke abzusenken. Im Gegensatz zur Untergrundbahn, der komfortabelsten der Welt, war da kein Gedränge, aber es war nicht weniger unruhlich und weitgehend. Man stelle sich die zwei bei dieser Arbeit einnehmenden Positionen vor, von denen Hospitaldirektor von da Velle keine kennt. Erstens die Aufnahme des Seifenwassers in Lappen und Schwamm, zweitens die zur Abwaschung der Decke erforderliche. Die erste Arbeit kann in zwei Stellungen geschehen. Entweder man geht in die Kniebeuge, oder man beugt den Oberkörper um etwas mehr als einen rechten Winkel. Bei der Abwaschung der Decke ist nur eine Haltung möglich, der Körper ist gerade aufgerichtet, die Hand mit Lappen bestreicht die Decke. Ich vermisste die weiche Matratze am Fußboden und die drei Mann Hilfestellung aus der Schulturnstunde. Beim Waschen läuft mir Seifenwasser ins Gesicht, es blüht in die Augen, läuft weiter in den Hals, es läuft an den Armen herunter, innerhalb einer halben Stunde bin ich so naß, als wäre ich ebenso lange in gleicher Kleidung im Platzregen herumgelaufen. Unbeschreiblich schmutzige Toiletten werden mir zur Reinigung übergeben. Eben habe ich aufgeschickt, da stapft ein neuer Besucher über den jungfräulich reinen Boden. Ich argere mich über den Besucher, der ihn wieder schmutzig macht. Gleich danach viel mehr über mich selbst. So ein dummes Knecht bin ich also schon, einen interessierten Anteil an dieser Arbeit zu nehmen.

Erschüttert und beschämt erlebe ich den marxistischen Grundsatz: Die Verhältnisse machen den Menschen. Dieser Satz

bezeichnete die Formel: „Gegen jede Annexion“ als völlig unmarxistisch und Philipp Scheidemann nannte den einen Kindschopf, der glaubte, es würde kein Grenzstein versetzt. Als sie dann auch wirklich versetzt wurden, aber nicht so, wie Ludendorff, Stresemann und er es sich geträumt hatten, da wollte er lieber seine Hand verlorren lassen, als diese Tatsache anerkennen. Er hat sie dann doch nicht verdrören lassen, und sein Parteigenosse, unser Herrmann Müller, ist hingegangen und hat unterschrieben. Das war am 28. Juni 1919.

Hatte unterschrieben und damit neuen Verrat am Proletariat und am Sozialismus zu dem von 1914 und 1918 gefügt. Denn der Versailler Vertrag, das war der Wall gegen die bolschewistische Weltrevolution. Wenn jemand in Deutschland das sogenannte Recht hat, gegen den sogenannten Schandvertrag zu sein, dann das revolutionäre Proletariat. Die deutsche Bourgeoisie hat den Frieden, den sie verdient. Die Schwerindustrie hat sich noch keine Sekunde lang von den Bestimmungen des Vertrages drücken lassen. Dem deutschen Proletariat aber wurde seine Revolution abgewürgt, dem Weitertreiben der Weltrevolution ein starker Riegel vorgeschieben, die arbeitende Klasse in tiefste Sklaverei ihrer Ausbeuter gestürzt. Das ist das Werk der SPD, und der damaligen USP. Mit Recht wurde damals der Friedensvertrag der USP-Friede genannt. Die Annahme dieses Vertrages bedeutete den Sieg der sozialdemokratisch-bürgerlichen Gegenrevolution. Die Auswirkung dieses Sieges spürt seitdem das deutsche Proletariat täglich und wird es spüren, bis es sich endlich entschließt, mit seinen Ausbeutern, mit seinen Verrätern reinen Tisch zu machen. Bis es die Fahne der Weltrevolution wieder erhebt.

Am Tage der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung machten Hindenburg und die Regierung in Trauer und ernster Einkehr. Hugenberg hatte sogar aufgedorrt, schwarzweißrot auf Halbmaß zu flaggen. Die deutsche Öffentlichkeit, die Bürger und die sozialdemokratischen Kleinbürger, Reichsbanner und Stahlhelm, jüdische Frontkämpfer und Hitterschützlinge, Vorwärtsleser und Lokalzeitungsabonnenten, bildeten einen Tag lang eine Einheitsfront. Eine Einheitsfront der Trauer? Des Racheswurs? Der ersten Einkehr?

Quatsch! Versailles, Schandfrieden, Schmach — wo denkst du hin? Wo es doch einen deutschen Sieg zu feiern galt. Schmeling hatte Paulino in fünfzehn Runden überlegen nach Punkten besiegt!

Die Arbeitslosenversicherung soll reformiert werden

Der Reformismus ist nicht in Verlegenheit zu bringen. Von jeher wurden härtere Knebelung der Arbeiterklasse, ja Niederlagen in „Erfolge“ umgeschwinderl. Wenn auch der bekannte Jubelruf des „Vorwärts“ in der Kriegszeit: „Sozialismus wohin wir blicken“, einer größeren Vorsicht im Anpreisern gewisser „Erfolge“ Platz gemacht hat, läßt die reformistische Meinungsfabrik doch von Zeit zu Zeit Lobgesänge auf die Demokratie von Stapel, als ob es niemals Bewegungsgesetze in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft gegeben hätte. Gerade in bezug auf die Arbeitslosenversicherung kann heute festgestellt werden,

daß die proletarische „Revolution“ als die Mutter der Erwerbslosenfürsorge völlig auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen ist.

Die Erwerbslosenfürsorge wurde geboren als das Produkt verschobener Machtverhältnisse. In demselben Maße aber, wie durch den parlamentarischen Kretinismus und Ministerialismus Machtfragen zu Rechtsfragen umgelagert wurden, steht es gut um die Sache der Besitzenden. Immer dann, wenn die Herren der Gesellschaft den Klassenfeind besonders hart treffen wollen, holen sie sich die Künstler des Massenbetrugs in die Regierung. Die Erwerbslosenfürsorge wurde umgeändert in eine Arbeitslosenversicherung, so daß nun nicht mehr der Staat ausschließlich die Gelder aufzubringen hat. Das Ziel der neuen Reformvorschlüge, welche ausgehen von den Unternehmerverbänden, ist eine weitere Abwälzung direkter Last auf die Schultern der Arbeiter. Es handelt sich darum, daß jährlich mindestens 400 Millionen gespart werden. Die Begründung ist schnell zur Hand: Der „Mißbrauch“ der Erwerbslosenversicherung hat die Reichsfinanzen „zerstört“. Hier die Reformvorschlüge:

Grundsätzlich ausscheiden sollen:

1. Arbeiter während der beruflichen Arbeitslosigkeit. Die Frist und die Berufsarten sollen durch die Reichsregierung bestimmt werden.
2. sollen die Heimarbeiter grundsätzlich ausscheiden. Das Arbeitsverhältnis ist angeblich zu schwer kontrollierbar.
3. sollen grundsätzlich alle Eigentümer und Pächter von Grundbesitz ausgeschlossen werden, die von diesem Grundbesitz ihren Unterhalt beziehen, auch wenn sie dauernd als Lohnarbeiter tätig sind. Ausgeschlossen sollen auch die Angehörigen sein. Für alle Versicherten soll wieder die Bedürftigkeitprüfung eingeführt werden, ein Rechtsanspruch auf Unterstützung soll nicht mehr bestehen. Bei allen Versicherten sollen Einnahmen aus Besitz, Renten usw. angerechnet werden.

Der Arbeitslose soll gezwungen werden, Arbeit anzunehmen. Daher soll der Arbeitslose, der Arbeit ohne berechtigten Grund ablehnt, nicht wie bisher mit vier Wochen Unterstützungsentzug bestraft werden, sondern er soll solange keine Unterstützung erhalten, bis er in neuer Arbeit wieder einen neuen Unterstützungsanspruch erworben hat, das heißt er soll mindestens 26 Wochen in Arbeit stand. Die Höhe der Unterstützung soll sich aus dem Arbeitslohn der letzten sechs (nicht drei) Monate errechnen. Arbeitslose, die in einem andern Ort wohnen als dem wo sie ihre Anwartschaft erwarben, erhalten ihre Unterstützung nur in Prozentätzen des an ihrem Wohnort maßgebenden Tarif- oder ortsüblichen Lohnes.

Die Stellung der Zögielbischen Partei und der Gewerkschaften ist selbstverständlich voller Verständnis für die Wünsche der Unternehmer. So schreibt die „Metallarbeiterzeitung“ vom 8. Juni, nachdem sie den Gedanken, weitere Darlehen aufzunehmen als „kurzsichtig“ ablehnt: „So bliebe der Weg einer Beitragserhöhung. Eine weiteres v.H. würde jährlich etwa 275 Millionen Reichsmark bringen. Gewiß ist eine solche Erhöhung auch dem Arbeiter nicht leicht, aber sie ist unumgänglich. Daneben sind die Gewerkschaften bereit, den Weg der sozialdemokratischen Fraktion (gezielten Weg zu gehen, nämlich gründlich und ehrlich an einer sachlichen Untersuchung mitzuarbeiten und etwa sich tatsächlich zeigende schädliche Wirkungen des Gesetzes zu beseitigen.“

mit langen Fäden aufwischen, Eßreste vom Geschir in denimer werfen, Fenster putzen, Aborte säubern, Müllkästen entleeren, immer und überall dasselbe. Wofür? Damit ich essen kann, um morgen wieder dieselbe Arbeit zu machen. Uebergeordneter Zweck? Damit unheilbare Kranke sich einreden durch Hospitalaufenthalt würden sie gesund. Man sehe sich extra die Tuberkuloseabteilung des Montefiore-Hospitals an einem Sälechen, von dem nur gesagt werden soll, daß der Raum auch wirklich ausgenutzt wird. An Tischen wie für Zwerg sitzen vier Patienten, husten sich gegenseitig, ihr und der andern Essen an. Viele, manchmal zwei und mehr, schlafen zusammen. Hat Rudolf Koch, der Entdecker des Tuberkulobazillus, vergeblich gelebt? Indes es handelt sich hier um bürgerliche Wohltätigkeit. Am prunkenden Eingang und in den vorderen imposanten Wandelgängen, oben bei und unten auf Tafeln über Tafeln. Namen von großen Bankiers, kleinen Bankiers, Industriellen, Kaulteile. Gedankteln der Hinterbliebenen, die ihr Gewissen beruhigen wollen im besten Fall meistens wohl protzen: Seht, wie viel Geld wir haben und wie viel Gemüt. Tuberkulose wirkt ein auf schlecht ernährte, Licht und Luft entbehrende, geschwächte Lebewesen. Die tuberkulösen Proletariats des Montefiore-Hospitals haben ihren Aufenthalt bezahlt. Die hochbezogenen Stütungen sind aus ihren Kesseln in den Betrieben der edlen Spender gesünderer Mehrwert. Die Beseitigung des kapitalistischen Systems macht Hospitaler, in denen Kranke nicht geheilt, Gesunde krank werden, völlig überflüssig.

Bei Doktor Lefl (a propos: Kannen Sie vielleicht den alten Lefkowitz aus Tarnopol? Er war ein gewiegter Geschäftsmann, der bald die händlerischen Methoden seiner osteuropäischen Heimat und das herrlichen Antropozentrischer Amerikaner später soll er ja zur Zeugung hundertprozentiger Vereiniger geschrieben sein.) Bei Doktor Lefl also war ich zwei Wochen Fahrstuhlführer. Ueber Lefl besonders drecksiges Portierchen (Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Oskar Kanehl zum Gedächtnis

Worte, gesprochen an seiner Bahre

Ich habe von meiner Organisation, dem Spartakusbund, die schwere Pflicht übertragen erhalten, im Namen der Organisation, im Namen aller Freunde, Abschied zu nehmen von der Leiche unseres Mitkämpfers, Genossen und Freundes Oskar Kanehl. Der Spartakusbund hat einen aktiven Genossen und Freund verloren, das revolutionäre Proletariat einen Mitkämpfer, der sein ganzes Denken in den Dienst der sozialen Revolution gestellt hat. Oskar Kanehl hätte sehr leicht, wie eine Legion Intellektueller, zu Ehren und Ansehen in der deutschen Republik kommen können. Die Parteien hätten ihm die besten Posten gegeben. Er aber diente der revolutionären Klasse. Er ist wie ein Fabrikklave in den Betrieb gegangen, wie der Fabrikklave hat er dort geföhnt, um das nackte Leben zu fristen. Aber sein revolutionäres Denken und seinen revolutionären Geist hat er nicht mitverkauft. Seine geistige Arbeit war dem Proletariat gewidmet. Man hat jetzt in der Presse dies als „Zwiespalt“ im Leben unseres Genossen Oskar Kanehl bezeichnet. Freilich, wer sich mit Haut und Haaren dem Klassenfeind verkauft, der kennt diesen Zwiespalt nicht. Aber jeder revolutionäre Arbeiter, der im Betrieb ausbeutet wird, kennt ihn, und gerade dieser Zwiespalt, daß er sich nicht in seinem revolutionären Kampf beeinträchtigt läßt, ist das Große, ist die Garantie, daß unser Kampf siegreich vollendet werden wird. Es heißt, Oskar Kanehl sei ein Dichter gewesen. Ist Dichtung Ausdruck des Willens, dann war Oskar Kanehl Dichter. Er selbst wollte es nicht sein. Er

wollte mehr sein. Er hat sich Heizer-Dichter, Pöbel-Dichter, Stimme des revolutionären Proletariats genannt. Er hat nicht gesungen, sondern gellend geschrien, so gellend, daß der Widerhall seiner Schreie von Hunderttausenden, von Millionen gehört, aufgenommen und weitergetragen wurde. Es gibt wohl keine Demonstration revolutionärer Arbeiter, bei der Oskar Kanehls Kampfströphen nicht gesungen werden, gesungen, nicht um poetische Stimmung zu erzeugen, sondern um Bereitschaft zur Entscheidungsschlacht kundzutun. Sein Lied, „Wir sind die erste Liebknecht, wir greifen an!“ ist Parole der kommenden Entscheidungsschlacht. Ich habe Oskar Kanehl gekannt und war mit ihm verbunden in unseren jungen Jahren, vor der Mördersaison, Weltkrieg. Ich habe ihn gekannt, als er, mit untergrabener Gesundheit aus dem Krieg, den er als Zwangssoldat miterlitt, zurückkehrte, war ihm die Lust am Singen vergangen. Er hat, bis zum letzten Atemzug, nur noch den brennenden Wunsch gehabt, gegen die kapitalistische Welt, die der ewige menschenmörderische Krieg ist, zu Rache aufzurufen. Er war nicht mehr Philosoph. Das Leben hatte ihn gelehrt, daß nur der revolutionäre Klassenkampf Pflicht sei; der Kampf für die ausgebeutete Menschheit. Er hat ihn dann gekämpft mit dem Schwert und der Flamme seines Wortes. Seine Worte hatten das Schicksal ganz großer Dichtungen: sie drangen anonym in die Massen, das Proletariat nahm sie auf,

weil diese Worte wesentlich, notwendig sind wie die Wahrheit. Sie sind selbstverständlich und einfach wie Volksdichtungen und sie werden wie Volksdichtungen von Mund zu Mund weiterleben. Die Stützen der heutigen Gesellschaftsordnung, die Oskar Kanehl bekämpfte, haben seine Kampftröphen gestützt. Das ist natürlich, und ist höchste revolutionäre Ehre für Oskar Kanehl gewesen. Hat er nicht stets klar und eindeutig darin Todeinschuld gepredigt dem Morschen, Sinkenden. Ja, er hat nie mit dem Feinde sanft parliert, sondern ihm namens des Proletariats offen zugerufen:

Wer nicht für uns ist, ist uns zuwider.
Wer uns den Weg verstellt, schlagen wir nieder.
Tritt ab und stirb, verkrachte Bourgeoisie,
Proletarierherbe marschier herbei,
Straße frei!

Und wenn wir jetzt von Deinem Körper Abschied nehmen, Freund, Genosse, Kamerad Oskar Kanehl, so tun wir es in der Weise, wie Du von uns hättest letzten Abschied genommen. Nicht verzweifelt, nicht verzagt trotz dem schweren Verlust, sondern mit dem Gelöbnis, weiter zu kämpfen für die Sache, für die Du mit uns gemeinsam kämpftest: für die proletarische Diktatur.

Und wir nehmen Abschied von Dir mit den Worten, die Du unserem Genossen Liebknecht in die Gruft nachgerufen hast:

Du lebst.
Denn Deine Proletarier leben!

Die obenstehenden Worte wurden namens des Spartakusbundes von Genossen Franz Pfemfert bei der Einäscherung gesprochen. Nach ihm sprachen Erich Mühsam, Beria Lask und ein Genosse der Freien Jugend. Alexander Granach rezitierte „Proletarier vorwärts“, er fragte danach — „Metanchoite“ von Oskar Kanehl. Die Freien Sängere, Moabit sangen den Trauermarsch und „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. Die Berliner Genossen des Spartakusbundes legten an dem Sarge einen Kranz mit großer roter Schleife nieder, die die Inschrift trug: „Dem Hetzerdichter der proletarischen Revolution, unserem Genossen Oskar Kanehl. Der Spartakusbund“, und die Verse Kanehls:

Straße frei.
Wer nicht für uns ist, ist uns zuwider.
Wer uns den Weg verstellt, schlagen wir nieder.
Tritt ab und stirb, verkrachte Bourgeoisie,
Proletarierherbe marschier vorbei,
Straße frei.

Proletarier aller linksproletarischen Organisationen gaben dem Toten die letzte Ehre. Die Trauerfeier war eine politische Kundgebung. Es geizt sich an der Bahre eines Revolutionärs politisch, von der Sache und zugleich für die Sache, die die des Toten war, zu sprechen.

Es muß davon gesprochen werden, wie die kommunistische Presse, nicht anders als die widerlichste bürgerliche Boulevardpresse, aus dem Tode des proletarischen Dichters eine unwürdige Sensation machte. Natürlich um des Geschäftes willen. Schauergerichten, schreiende Ueberschriften, das fordern den Straßenverkauf.

Kein Wort in den ersten, sensationell mit Bild aufgemachten Meldungen, von der Bedeutung Kanehls als Revolutionär. Als wir dann baten, den Arbeitern mitzuteilen, daß am Sonnabend, dem 1. Juni die Trauerfeier stattfinden, da erschien, verpackt, an versteckter Stelle, die falsche Nachricht, daß die Einäscherung am Sonntag sei. So sind viele kommunistische Proletarier, die Oskar Kanehl liebten, trotzdem ihn die Zentrale auf den Index gesetzt hatte, der Feier ferngehalten worden. Aber dann kamen die Nachrufe: „Abschied von Kanehl“ usw. Ganz verschwiegen konnten sie ja nicht, daß er ein proletarischer Dichter war, daß revolutionäre Proletarier ihm die letzte Ehre erwiesen hatten. Aber diese Nachrufe waren infamer, als die zuerst geäußerte Sabotage. Sie stellten den Toten Revolutionär dar als einen „Einsamen“, der „unklar“, nur „Gefühlsrevolutionär“, ein „Intellektueller“, war, der den Anschluß an die kämpferische revolutionäre Organisation nicht gefunden hatte. Freilich nicht an eure reformistische, ihr Bonzen! Euch hat er mit Zorn und Satire bekämpft. Und das verzeiht ihr ihm nicht. Daher die niederträchtige, hämische Vergeltung.

Und in dem Bericht über die Trauerfeier, wie wurde da peinlich der Name Spartakus vermieden. Das Münzenbergblatt, die „Arbeiter-Illustrierte“ erbat sich von unserem Genossen Pfemfert ein Bild des Toten. Es wurde gegeben unter der Bedingung, daß der Spartakusbund, als die Organisation der Kanehl angehört, genannt wurde. In der Berliner Auflage des Blattes wurde die Bedingung trotz gegenseitigen Versprechens nicht erfüllt, (und bei dem Rest der Auflage wird es genau so gewesen sein), aber für den Genossen Pfemfert stellte man als Beleg extra ein vorschriftsmäßiges Exemplar her. Feine Leute! Münzenbergmethode. Im Gegensatz zur deutschen kommunistischen Presse brachte die New Yorker Volkszeitung einen würdigen Nachruf auf den Dichter, aus dem wir folgende Stellen zitieren: Der Kommunistische Partei gehörte er seit dem Heidelberger Parteitag, 1920, d. h. seit der Partei parlamentarisch wurde, nicht mehr an. Er wurde dann Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union Einheitsorganisation, die sich später mit der KPD-Linken, die ihrerseits längst ein Gebilde außerhalb der KPD bildete, zum Spartakusbund (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation) vereinigte. Der Spartakusbund ist eine antiparlamentarische

und antigewerkschaftliche international eingestellte führerfeindliche Räteorganisation. Für den Rätegedanken stritt Oskar Kanehl.

Warum die Fälschung der Korrespondenzen, Kanehl sei Mitglied der KP, gewesen? Eine Freibeit, gegen die jede Zeile des Mannes sich empört! Weil die Gegenrevolutionäre ihn fürchten, versuchen sie, ihn und sein großes unsterbliches Werk als ihr Eigentum anzugeben und beide so für sie selbst unschädlich zu machen. So wurden seine Verse von Nationalsozialisten und KPD gestohlen und gefälscht. Er wehrte sich, als er lebte! Aber wie soll er sich jetzt dagegen wehren, zum Kaputtsein degradiert zu werden, damit seine Persönlichkeit Schurken bei ihrem schmutzigen Fälschspiel Ansehen gebe?

Schamlos raffiniert gehen die Schänder zu Werke. Zuerst die Wahrheit. Kanehl wollte am Dienstag abend zur vom Spartakusbund einberufenen Versammlung. Daß er Mitglied des Spartakusbundes war, wird verschwiegen. Aber am Schluß folgt statt dessen die faulstichige Lüge: Er stand auf dem linken Flügel der Kommunistischen Partei. Hillos wird nach Motiven gesucht. Der Bürger kann einen ganz endgültigen Beschluß nur begründen mit Vermögensverlust oder großer Angst vor irgendetwas. Na, die Geldverluste Kanehls bei Siedlich waren doch nicht bedeutend. Nota bene: Uneingeweihten wird die Sache so serviert, daß der Eindruck entstehen muß, der Lohnklave Kanehl habe Kapital besessen. Und die Angst vor der Polizei, die dauernd vergeblich nach eben jener letzten Gedichtsammlung: Straße frei schnüffelte, in der der Dichter seine ablehnende Stellung zur KP, häufig feststellt, kann doch auch nicht so schrecklich groß gewesen sein.

Es wird sich erweisen, daß Kanehls Motive in seiner letzten Minute-dieselben waren wie in seinem ganzen übrigen bewußten Leben, nämlich keine individuellen, sondern Klassenmotive. Seine Gedichte sind immer wahr und niemals erfunden, und wenn sie erfunden sind, so werden sie wahr. Z. B. „Auf Straßengänger stiehk rote Blut, langsam werden wir ermordet“ und „Im Polizeipräsidium sammelt sich der Schutz der Republik“.

Das Gedicht „Rache für Wien“, das den Wiener Massenmord an Demonstranten behandelt, mündet in den Ruf, den die überlebenden Kämpfer mit dem Blut der gemordeten Brüder an die Mauer geschrieben haben: „Rache für Wien!“ Was ein Christlich-Sozialer kann, kann ein Sozialdemokrat auch. Sozialdemokraten sind Anhänger von Völkerveröhnung, Panzerkreuzerbau und allgemeiner Aufrüstung einerseits, und Liebhaber der Volksgemeinschaft und schwarzrotgoldenen Kugeln für Hungernde andererseits. Schwarzrotgold freilich müssen die Kugeln sein; die schmecken besser als die schwarz-weißrot. Zögiel ahnte Schober mit bestem Erfolg nach (oder vielleicht ahnte er „den Sohn des Volkes“ nach, oder Noske oder Wels?). Die Proletarier sozialdemokratischer Parteizugehörigkeit sprachen ihrem Polizeipräsidenten ausdrücklich für den tatkräftigen Schutz der Republik „ihren“ Dank aus. Wenn wir uns der Haltung der Parteikommunisten zu vergleichen, wird am 2. Mai mit dem Generalstreik beantwortet werden“ verkleidet das Maikomitee in der „Roten Fahne“. Als das Arbeiterblut vergossen war, erwies sich die Drohung als Fetzen Papier. Weder führte die Groß-Berliner Verkehrsgesellschaft, noch die anderen großen Werke, in denen die KPD überwältigende Welterfolge erzielt hat, einen Streik von größerem Umfang. Ja, sogar der Vorschlag des halbtägigen Verkehrsstreikes war zu lähnen, um gewagt zu werden. Die Wahlrevolutionäre zeigten deutlich: „Wir haben kommunistische Betriebsräte gewählt. — Mehr können wir wirklich nicht tun. Sollen wir etwa, weil das Blut von Mitgliedern unserer Klasse vergossen wurde, die Stellung verlieren und selbst in Unannehmlichkeiten kommen?“ Solchen Stumpfsinn immer und immer wieder nach Liebknecht und Luxemburg, Sacco und Vanzetti,

Wien, Berlin und all den anderen unzähligen Greueln in fünfzehn Jahren offizieller massenhafter Proletarier-Abschlächterer wollte Oskar Kanehl nicht länger ertragen.

Aber er sah auch Helldunkel, das ihn an sich begeisterte, in falschen Bahnen gelenkt. Menschen optieren sich, mit dem dunklen Gefühl zum Kommunismus zu streben, aber sie optieren sich planlos oder jedenfalls nicht nach eigenem Gesetz, sondern zum höheren Ruhme der „Führerschaft“ antiparlamentarisch organisiert und falschen Zielen entgegen. Das mußte Kanehl besonders erbittern. Gemeinheit, Lüge, Phrase und Inkonzsequenz mußte er hassen, denn er war eine wahrhafte und logisch denkende Persönlichkeit. Da stieg nun zuguterletzt der Jorns-Prozess, eine Komödie, um den Liebknecht-Luxemburg-Doppelmordfall für die deutsche Sozialdemokratie zu liquidieren. Man bewies dem Richter Jorns, was zu beweisen nicht schwierig war, daß er die Mörder, nämlich die die Totschläge ausführten (siehe auch amerikanische Rechtsprechung), begünstigt habe. Jorns hat nun Minister Landsberg (SPD) über seine Maßnahmen stets Rechenschaft gegeben und am Ende entgegnete freundlich dem Minister Landsberg (SPD): „Danke, Herr Jorns, es bleibt nichts weiter zu verfügen.“ Dieser Vorgang blieb für den Verteidiger Levi (SPD) unerschöpflich.

Nach den Aussagen verschiedener Zeugen waren auf die Köpfe von Liebknecht und Luxemburg 100 000 Mark Prämie ausgesetzt. Aber mit Einwilligung des Verteidigers Levi (SPD) wurde auf die Vernehmung Scheidemanns (SPD) verzichtet. Dessen Hand soll also auch beim Schießen von Luxemburg und Karl Liebknecht glühend, weil sie das Proletariat ebenso liebten wie er. Solch schamloses Justiztheater in Verbindung mit den Nachwirkungen des in den Karpaten mitgemachten Feldzugs und der in Straßbenkamp mitgemachten Revolution und die dauernde Notwendigkeit der Inszenierung idiotischer Salonstücke, um den Lebensunterhalt zu beschaffen, haben gewiß seine Entschlüsse beeinflusst. Aber gewollter Zweck des Lebens und des Todes von Oskar Kanehl war und ist:

Aufruf an das Proletariat, sich ungegängelt von Führern, nur sich selbst verantwortlich, gemäß den Lehren von Marx und Lenin, auf der Grundlage des Räteystems aus den Betrieben heraus, die kommunistische Freiheit zu erkämpfen. Wird sein letzter Aufruf verstanden werden, nachdem alle vorigen, so herrlich bereitet und mit dem ganzen Menschen vertretenden in den Wind verhallt sind? Der revolutionäre Kommunist Oskar Kanehl wollte, daß der letzte Aufruf gehört werde.

Sonntag, den 16. Juni veranstaltete der Spartakusbund in den Sophienböden, Berlin noch eine Gedächtnisfeier für Oskar Kanehl.

Genosse Franz Pfemfert schilderte kurz das Kämpferleben des Hetzerdichters, würdigte sein Werk und sprach von der revolutionierenden Wirkung seiner Verse und Manifeste, die leben werden, solange Proletarier aller Länder ihren Befreiungskampf führen, die heute leben und in Zukunft leben werden, trotz Unterdrückung durch den Staatsanwalt und auch trotz Sabotage und Töschweigmännern der Bonzenparteien. Mit Empörung nahm die Versammlung Kenntnis von der widerlichen Art und Weise, in der die kommunistische Münzenbergpresse aus dem Tod Oskar Kanehls eine Boulevard-Sensation machte, zugleich aber Leben und Werk des bonzenfeindlichen Dichters schmälerte und durch eine Fälschung der Trauerfeier anläßlich der Einäscherung sabotierte.

Genosse Alexander Granach sprach dann mit starker Wirkung Gedichte Kanehls: Sacco und Vanzetti, Straße frei, Bonzenlied, der Parteiditt. Die Freien Sängere Moabit umarmten die Feier durch Gesänge. Die Versammelten gingen mit dem Gelöbnis auseinander, den Kampf weiterzuführen, für den Oskar Kanehl gelebt hat!

Rede vor Gericht

von Oskar Kanehl

Ich erscheine „hineichend verdächtig, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt“ zu haben. Wem erscheine ich verdächtig? Offenbar dem Herrschenden, deren öffentlicher Friede von ihren Machtinstrumenten, vor allem ihrem Gesetz und Rechtsanspruch bewacht wird. Da aber dieses Gesetz und dieser Rechtsanspruch in dem Rechtsempfinden dieser herrschenden Klasse seine Grundlage hat, so bin ich nicht verwundert, daß ich hinreichend verdächtig erscheine, denn mein Gedicht „Straße frei“ nicht allein, sondern mein gesamtes Schrifttum, auf dessen Wirkung und Wiederhall im In- und Ausland ich stolz bin, spricht aus dem entgegengesetzten Rechtsempfinden, dem Rechtsempfinden der beherrschten, der unterdrückten Klasse.

Uns sind andere Dokumente des öffentlichen Schrifttums bekannt, die „verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander anreizen“, die aber den Anwälten des Staates weniger oder gar nicht verdächtig, oder gar besonderer Auszeichnung würdig erscheinen. Oder haben Sie schon einmal einen von den zahlreichen Urheberinnen der blutrünstigen Kriegsspielen aus der Mordkammer 1914 bis 1918 auf der Anklagebank gesehen? Oder einen von den Pogromhelden:

Haut immer feste auf den Wirth,
Haut ihm den Schädel, daß er klirrt,
Knallt ab den Walter Rathenau,
die gottverfluchte Judensau?
Oder einen von den arbeiterfressenden Ehrhardt-Barden:
Arbeiter, ihr Lumpen, wie wird es euch geschehen,
wenn ihr die Brigade Ehrhardt werdet sehen?
Die Brigade Ehrhardt schießt alles kurz und klein.
Hüte dich, hüte dich, du Arbeiterschwein?
Oder den Stimm-Kuli Artur Zickler wegen seines poetischen Winks im „Vorwärts“ vom Januar 1919:
Vielhundert Tote in einer Reih,
Karl Liebknecht, Rosa, Radek und Kumpanci,
Es ist keiner dabei!

O nein! Ihre Gewalttätigkeiten sind zwar an Gerichtsstelle unbestreitbar zu belegen, und die Wunden ihrer Opfer würden bluten, wenn sie ihre Mörder nahe fühlten. Aber das waren ja Gewalttätigkeiten im Dienste der herrschenden Klasse, die den sogenannten öffentlichen Frieden, d. h. den Frieden der herrschenden Klasse nicht gefährdet, sondern im Gegenteil gesichert haben. Wie sollten sie den Anwälten des Klassenstaates verdächtig erscheinen?

Wenn die Kriegskriegler an den Bürgersteigen als groteske Sinnbilder vaterländischen Besitztums Prothesenarme vor die profreiliegenden Schrittzellen störend und anklagend hinstrecken, habe ich sie zur Aufreizung hingestellt? Wenn die obdachlosen, zerlumpten, hungernden Proleten der Arbeiterviertel den Satten und Wohlgekleideten ein peinlicher Schrecken sind, hat ihr mein öffentliches Werk eingegagt? Wenn durch die Lohnsklaven, die das Profitsystem der herrschenden Klasse willkürlich auf das Pflaster schmeißt, das Heer der Arbeitslosen den Lohnherren zu bedrohlicher Lebensgefahr anwächst, wer gefährdet dadurch den öffentlichen Frieden? Wenn im zusammenbrechenden Kapitalismus die bis auf letzte ausgebeuteten Proleten zur Forderung ihrer primitivsten Rechte aus den Betrieben zu wuchtiger Demonstration auf die Straße marschieren, sind das meine Gewalttätigkeiten? Ausprechen, was ist — ist Aufreizung zum Klassenhaß ist — Angst auszusprechen, was ist.

Ich kenne nur einen Schuldigen, wahrhaft wert, öffentlich angeklagt zu werden, in „einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander zu Gewalttätigkeiten angereizt zu haben“; das Ausbeutensystem der herrschenden Klasse. Diese Anklage erhoben zu haben und seit Marx in bewußtem Klassenkampf bis zu ihrem richtenden Urteil durchzuführen zu müssen, ist die historische Mission der Arbeiterklasse. Wer aus Erkenntnis und Solidaritätsgefühl sich für sein Leben entschieden hat, daß gesteigerte Anteil an dieser Mission Sinn und Bedeutung seiner Ge-

neration ist, der gibt seine beste Kraft an diese Mission. D. h. er lebt mit der größtmöglichen Konsequenz, die die Uebergangsphase seiner Generation zuläßt, als Klassenkämpfer. Da ich mein Schrifttum bisher immer als den werthaltigsten Tribut angesehen habe, den ich meinen Mitmenschen zu geben hatte, so finden Sie in meinem Schrifttum meine reinste Manifestation als proletarischer Klassenkämpfer. Hier bin ich nicht Einzelmensch mit Einzelverdienst und Einzelschicksal, persönlichem Leid und persönlichem Haß, sondern das persönliche Erlebnis und Schicksal ist hier das kollektivistische, das Massen- und Klassenverhältnis. Mein Leid ist das Klassenleid des Proletariats, mein Haß der Klassenhaß des Proletariats, mein Kampf der Klassenkampf des Proletariats, mein Schicksal das Klassenschicksal des Proletariats. Was das Proletariat als Klasse ist, was es fühlt, was es will, was es droht und was es ersieht, das wird hier Stimme.

Fragen Sie mich also, was meine Gedichte wollen, so habe ich Ihnen darauf zu antworten: Sie wollen politisch sein. Sie wollen helfen, die Selbstbewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse vorwärts zu treiben zu dem Ziele der Befreiung der Arbeiterklasse, die das Werk der Arbeiter selbst, als Klasse, sein muß.

Ob meine Gedichte Kunstwerke sind? Das ist keine Frage, die mir Aeußerungen eines Klassenkämpfers gegenüber der Platte scheint. Wollen Sie es dennoch vorhin benennen, von dem Rechtschreibern der herrschenden Klasse unbehelligten Schriftzeichen dem näher kommen, was man bisher mit dem Worte „Kunst“ bezeichnet hat, so laden Sie als Ihre Sachverständigen die Dichter der Eberl-Republik: Herrn Gerhart Hauptmann, Herrn Thomas Mann und Herrn Fritz von Unruh, und zwingen Sie sie zur Aeußerung. Ich erwarte weder milde noch gerechte Richter. Das Rechtsempfinden der Arbeiterklasse, dem ich allein verantwortlich bin, wird mir Genußgüter verschaffen.

(3. Mai 1924 Amtsgericht Berlin Mitte)

Was trennt uns von der AAUE

Die Diskussion über die Frage der Einigung mit der AAUE ist zu einem gewissen Abschluß gekommen. Von beiden Seiten wurde der Wille zur Einigung bekundet, und deren geschichtliche Notwendigkeit anerkannt. Steht die Frage der Einigung auf der Tagesordnung, so steht als erster Punkt zur Diskussion: Was trennt uns von der AAUE?

Wenn uns in der Zuschrift eines AAUE-Genossen aus dem Reich versichert wird, uns trenne nichts, so ist das zweifellos aus einer lokalen Perspektive gerichtet, und jeder, der die Gründe der Spaltung wirklich kennt, weiß, daß die theoretische Grundtatsache und Kritiklosigkeit der damaligen Reichleitung der AAUE zu deren Abberufung führte. Erst die Parteinahme der Anhänger der alten Reichleitung für die neue Rührsche Seelenheiler und die offene Verweigerung finanzieller Mittel besiegelte die Spaltung. Es ist hier nicht der Ort, die einzelnen Etappen dieses Trennungsprozesses zu schildern, es muß aber leider festgestellt werden, daß 4 Jahre AAUE nach der Spaltung nicht waren: 4 Jahre Klärung und Selbstbesinnung, sondern Selbstzufriedenheit.

Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir zu wenig von dem Mittel der ideologischen Beeinflussung Gebrauch gemacht hätten; 4 Jahre AAUE haben jedoch bewiesen, daß die ideologische Stellung der AAUE, nach wie vor ein Fragment ist, die theoretische Zerfahrenheit, die 1925 die Lehre von der „Rätelehre“ publizierten. Eine anarchistische Auffassung aus einer formal ideologischen, das ist unhistorischen, und darum unmarxistischen Betrachtungsweise des Organisationsproblems, als ob eine durch Überredung herbeigeführte Übernahme des revolutionären Organisationsprinzips der Räte durch die Arbeiter automatisch den Sieg garantierte. Wie sehr es vielmehr auf den Inhalt einer Organisation ankommt, hat nachgerade die deutsche wie die russische Revolution eindeutig bewiesen. (Wie es völlig falsch ist, wenn die Anarchisten im Marxismus die Ursachen des Führerverfalls der Gewerkschaften und Parteien sehen, ist es falsch, in „verdrängten Gefühlskomplexen“ der Arbeiter die Ursache der Isolierung der Rätekommunisten zu erblicken, die man durch Seelenpädagogik beheben kann. Die proletarische Ideologie, die von den geschichtlichen Aufgaben der Klasse ausgeht, kann durch keine noch so gut gemeinte Wall-Logik ersetzt werden.)

Dieselbe theoretische Zerfahrenheit manifestiert sich heute immer noch (der Volksentscheid soll ihnen geschickt sein) in dem Organ der AAUE. In seiner letzten Nummer bringt die „Proletarische Revolution“ einen Leitartikel „Im Sack der Geschichte“. Wer nun erwartet hatte, daß man feststellt, der Reformismus mit seiner Manövrierfähigkeit sei nun in dem betreffenden Sack, der mußte feststellen, daß nicht „aufgezeigt“ wurde die geschichtliche Grenze des Reformismus, sondern die „Unzulänglichkeit“ des Marxismus. Es ist der Versuch, die wirklichen Fundamente einer proletarischen Ideologie, die marxistische Lehre von der Bedeutung der Klasse und der riesenhafte Entwicklung des Kapitalismus, totzuschreiben. Es ist das Tragische in der Geschichte der AAUE, daß immer so ein anarchistischer Prophet Begriffsverwirrung anrichtet, dessen Ergebnis ein desorganisiertes und desorientiertes Heidenau ist. Wenn dann ganze Gruppen wie Göttingen gleich zur FAUD gingen, so war das wahrlich kein Wunder. Die rätekommunistische Sammlung in der AAUE, unter der Führung der Gruppen Dresden, Frankfurt, Berlin, war eine notwendige Tat, aber die notwendige theoretische Konsolidierung wurde nicht energisch und gründlich genug betrieben, weil noch immer in vielen Köpfen spukte die alte Sammelbecken-theorie, wonach all und jeder Mitglied der AAUE sein soll. Ein solches Gebilde ist existenzunfähig und fällt bei jedem zweiten Schritt auseinander, weil es ohne revolutionäre Theorie wie „die PR“ in ihrer neuen Sachtheorie: „Es gibt keinen Marxismus mehr, keinen internationalen Marxismus; die aktive kommunistische Geschichtskritik und Geschichtsaufgabe ist völlig versackt, sie ist nicht nur passiv geworden, sondern sie hat sich zunächst des Kapitalismus entwickelt. Das muß jetzt endlich ausgesprochen werden, ohne ein Jota davon zurückzunehmen“, der ist von einer Einigung mit den Proletariern des Spartakusbundes so weit entfernt, wie die Erde von der Sonne. Könnten, Genossen, folgende Sätze nicht ebenso gut im „Vorwärts“ stehen? — er (der Kapitalismus) ist ein System von soviel Möglichkeiten, daß es unverwundlich ist, wie einfach und unbesorgt nach „Klassenkampf“ gerufen wird. — „Die Macht der Bourgeoisie wird zu niedrig taxiert, zu sentimental betrachtet, in der Hoffnung der Wahrheit der überholten These von der das Proletariat begünstigenden „Konzentration des Kapitals“. Dies ist ein halber Wahn.“ So geschrieben im Zeit-

alter der Riesen trusts und Kartelle, der Harriman, Morgan und Rockefeller. Der Kampf der Marxisten, welche den Marxismus nicht als theoretische Krücke für ihre Führerpolitik degradierten und verstümmelten, ist ein Kampf gegen Illusionen und Herabstimmung, aber wir sahen nie unsere Aufgabe darin, eine pessimistische Niederlagestimmung zu begünstigen. Es geht um eine proletarische Ideologie, als die erste Voraussetzung „unserer“ Klassenorganisation. Die Frage aber, ob der Kapitalismus eine „notwendige“ Phase der geschichtlichen Entwicklung ist, beantwortet nur getrost, auch auf Beschimpfung „Knechte des Kapitals“ hin, mit den Lehren der russischen Revolution. Ohne eine kapitalistische Warenproduktion, die nicht die Familie als gesellschaftliche Grundlage hat wie der Feudalismus, sondern den Weltmarkt, kein Sieg des Proletariats und kein Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft. Diese Lehre wird auch klar bei der Betrachtung der Geschichte der Kommune bei voller Solidarität mit allen Kommunekämpfern.

Die proletarische Revolution, die auf der Tagesordnung steht, wird darum die Weltkommune gebären, weil der Kapitalismus die alten Bande der Familie und patriarchalischen Abhängigkeit, der Zahl und Innung völlig zerstört und das Individuum losgelöst und mit dem Schicksal seiner Klasse verknüpft hat. Es ist unsere Aufgabe, sein Bewußtsein proletarisch orientieren zu helfen, denn die Tradition ist stark.

In diesem Sinne Einigung mit einer marxistischen AAUE! Die Genossen der AAUE, haben das Wort!

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Paul Böhm, Berlin-Spandau, Staakener Str. 18, Druck: Müllersche Buchdruckerei, Berlin-Steglitz, Bergstraße 83, Fernsprecher: G2, Steglitz 2066

Klassengenosser!

Lest und verbreitet!

Oskar Kanehl: „Straße frei“
Mit Zeichnungen von George Grosz
Preis 1 Mark
Das Gedicht „Straße frei“ mußte auf Veranlassung des Staatsanwaltes unleserlich gemacht werden.

Oskar Kanehl: „Die Schande!“
Gedichte eines dienstpflichtigen Soldaten aus der Mordkammer 1914—1918
Preis 0,50 RM.
Zu beziehen unter Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages von
Paul Böhm, Berlin-Spandau
Staakener Str. 18

hier abtrennen

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit die monatl. zweimalig erschein. Zg. **SPARTAKUS**
zum Bezugspreis v. 90 Pfg. vierteljährlich ab 1929
Verlagort: Berlin-Spandau. Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 29.
Bezugspreis ist vom Vorjahr zu zahlen.

Name _____ Ort und Zustellungspostamt _____
Straße und Hausnummer _____

Nr. 13 — 4. Jahrgang
9. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES (Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Berlin-Spandau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag, Spandau, Staakener Str. 18

Juli 1929

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Einzelnummer 15 Pfg.
erscheint monatlich zweimal
Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich 1,20 Mk. Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin Nr. 145213

China — Rußland

Der offene Konflikt China—Rußland hat den „Weltfrieden“, von dem die Phantasten aller Schattierungen fassen, bis hart an die Grenze des Möglichen gebracht. Es bleibt abzuwarten, ob vorerst noch einmal die Vermittlungskräfte der großen Mächte zum Erfolg sein wird, oder aber, ob die Zwangsläufigkeit der kapitalistischen Widersprüche schon jetzt zur Explosion führen wird. Auf jeden Fall ist eine Verhinderung der Explosion unmöglich und die Frage des direkten Anlasses dazu, ist eine Frage zweiten Grades. Ueber Krieg und Frieden entscheiden ja nicht „der oberste Landesherr“ oder die Parlamente, sondern die Notwendigkeiten des kapitalistischen Konkurrenzkampfes sind die entscheidenden Faktoren. In diesem Konkurrenzkampf sind die Interessen der einzelnen Mächte derart verknüpft, daß das leiseste Rütteln daran den Traum von Weltfrieden wie ein Kartenhaus zusammenstürzen und die einzelnen Mächte aufeinanderprasseln lassen.

So auch in dem chinesisch-russischen Konflikt um die ostchinesische Eisenbahn, wo sich Amerika, England, Frankreich und Japan zu einer gemeinsamen Vermittlungskammer gefunden haben, weil der gewalttätige Kampf momentan offenbar noch nicht genügend Aussichten auf Erfolg der einen oder anderen Mächtigkeitsgruppe bietet. Jedoch: aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Die ostchinesische Eisenbahn, der wichtigste und billigste Transportweg auf dem Lande zwischen Europa und Asien, ist nicht erst jetzt der Streitpunkt zwischen Rußland und China geworden, sondern ständiger Anlaß zu Konflikten zwischen Rußland und anderen Staaten gewesen, so besonders Japan, das von jeher eine Bedrohung seiner Interessen im Fernen Osten durch Rußland befürchtete. Aber auch in China mit dessen Rußlands, weil das ungeheuer weite und mit 500 Millionen Menschen bevölkerte China für den zusammenbrechenden Kapitalismus noch eine Atempause bedeuten kann. Andererseits ist China auch für die russische Wirtschaft von weittragender Bedeutung als Absatzgebiet im allgemeinen und die ostchinesische Eisenbahn im besonderen. Durch den Verlust der Anrechte auf diese Bahn würde Rußland nicht nur bedeutenden Schaden in kommerzieller Beziehung haben, sondern der russische Hafen Wladiwostok als Ausgang Rußlands zum Großen Ozean würde durch den Verlust der Bahn zur Bedeutungslosigkeit in wirtschaftlicher Beziehung herabsinken. Klärlich, daß bei einem Konflikt, wo so verschiedene Interessengebiete berührt werden, alle Mächte in einer wenn auch nur vorläufigen Beruhigung interessiert sind. Um so mehr, als die einzelnen Mächte untereinander wiederum in scharfer Gegenüberstellung zueinander stehen, so daß bei einem Rußland die großen Mächte aufeinander geraten, die China große Summen investiert haben, wie Amerika, oder wie Japan, dessen Existenzfähigkeit mit China auf engste verbunden ist. Aber auch England und Frankreich sind wirtschaftlich sehr stark an China interessiert und gemessen auf Grund besonderer Verträge, ebenso wie die meisten anderen Staaten, besondere Vorrechte in wirtschaftlicher und politischer Beziehung.

Aus diesem Gewirr von Gegensätzen heraus ist eine klare Entscheidung dieser oder jener Macht für Rußland oder China unmöglich. Für Rußland nicht, weil es als bedeutender Konkurrent auf dem Platze steht, und für China nicht, weil es die Handlung heute gegen Rußland, morgen an entsprechenden Objekten Japan oder Amerika oder einen anderen in Frage kommenden Staat wiederholen kann, wenn sich stark genug dazu fühlt.

Vertrauen auf diese Gegensätze der Mächte untereinander hat die chinesische Regierung sich zur Geltendmachung gegen Rußland entschlossen und zwar durch alleinigen Besitz von der Bahn ergriffen, obwohl die Verträge von 1924, zwischen China und Rußland eine paritätische Verwaltung und Nutz-

nießung anstelle der offenen imperialistischen Beherrschung durch den Zarismus vorsah. Durch diesen Akt ist jedes Verhältnis der beiden Länder zueinander gelöst und die Feindseligkeiten fast bis zum offenen Ausbruch gesteigert. Die Grenzen sind gesperrt, Truppen werden an die Grenze geworfen, und die gesamte bürgerliche Presse der Welt befindet sich in der Kriegsschöpfung. Kein Wunder, wenn auf die übrigen Erdteile wirkt. Denn darüber dürfte Klarheit herrschen, daß der noch unter der Oberflächliche Ausbruch des kommenden Krieges Gemetzel des letzten Krieges wird an der Grausamkeit von Vernichtung an Menschen und Gütern gemessen, als ein Spiel erscheinen, wenn man in Betracht zieht, daß alle kapitalistischen Mächte der Welt die technischen Kräfte des Unterganges in den letzten Jahren gehegt und gepflegt haben.

Aus diesem Grunde ist der chinesisch-russische Konflikt im Fernen Osten ein Signal für das Weltproletariat, seine Kräfte anzuspannen und zu sammeln zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft im ganzen. Ist der Ausbruch des Krieges erst ermöglicht, so sind es Phantastereien, daran zu denken, den Krieg noch wirkungsvoll bekämpfen zu können. Die Aufgabe des Proletariats ist, sich schon heute und sofort über die Kampfmaßnahmen klar zu werden. Dazu gehört in erster Linie Klarheit über die Mittel dieses Kampfes und über die Gegner und falschen Freunde. Versäumt das Proletariat diese notwendigen Maßnahmen, so wird sich die geschichtlich notwendige Entwicklung furchtbar an ihm rächen. Die Zeit ist herangekommen, in der das Wort K. Marx' an das Proletariat: „Ubergang in Barbarei oder Aufstieg zum Kommunismus“ vor einer unmittelbaren Verwirklichung steht.

Die Ironie der Geschichte will es, daß der Mann, der von Rußland am meisten offen und versteckt unterstützt wurde, ja, dessen verhältnismäßig leichter Aufstieg zum beinahe alleinigen Machthaber von China (von den ausländischen Imperialisten abgesehen) nur durch die verbercherische Politik der Komintern in China ermöglicht wurde, daß dieser Mann Sowjetrußland seit seinem Bestehen in die bedrückteste und gefährlichste außenpolitische Situation jetzt gebracht hat. Tschiang Kai Schek, der Henker des chinesischen Proletariats, der Hunderttausende chinesischer Proletarier abschachten ließ, der in der ganzen Welt nicht seines Verfalls findet, obwohl unsere „herrliche Zeit“ an Proletariatschlechtern großen Formats tangbandt ist durch die Komintern direkt hochgepöpst worden. Die Komintern hat dem Proletariat der Welt den wahren Charakter Tschiangkaischeks noch verschwiegen, als er schon Tausende chinesischer Proletarier und besonders Kommunisten in den Straßen Chinas hinrichtete. Um mit der Kuomintangbourgeoisie noch weiterhin zusammenarbeiten zu können, in der wahnwitzigen Idee, dadurch die Imperialisten in China schlagen zu können, hat die Komintern eine verbercherische reformistische Politik getrieben, die Hunderttausenden der Besten des chinesischen Proletariats das Leben kostete und heute durch offene chinesische Gewaltmaßnahmen gegen Rußland besiegelt wird. Als Tschiangkaischek mit der Nordexpedition Schanghai eroberte und Sun K.P. Chinas in Schanghai diesen Henker mit „Will-Vertreter des Ekki der Komintern“, und dies mit Hilfe des weit führen, wenn wir alles aufhören wollen, was in China begangen und unterlassen hat, zum Schaden Das Verhalten Chinas im Fernen Osten zeigt dem Proletariat und der russischen Staatsmännern, daß die angebliche Einheitsfront zwischen den unterdrückten Nationen und dem Proletariat der Welt

eine Illusion ist. Nur solange benützt jede nationale Bourgeoisie das Proletariat für ihre Zwecke und geht mit ihm ein Stück Weg gemeinsam, als wie es ihren Interessen entspricht. In dem Moment, wo das Proletariat auf der nationalen Bourgeoisie gegenüber seine Forderungen geltend macht, zeigt sich jede nationale Bourgeoisie, und sei sie vorher auch noch so sehr von den großen Hoffnungen des Weltkapitalismus bedrängt gewesen, oder auch noch bedrängt, weit grausamer und brutaler als die großen Imperialisten selbst. Und besonders Sowjetrußland bekommt jetzt diese Binsenwahrheit durch die chinesische Bourgeoisie eingebracht.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Ereignisse in China eine Aenderung der russischen Politik hervorrufen, weil einer solchen Kursänderung eine Aenderung der russischen Wirtschaftsverhältnisse vorausgehen müßte, was von der russischen Regierung nicht zu erwarten ist. An den Proletariern liegt es, zu erkennen, daß die Ereignisse in China nicht nur bedeutungsvoll in bezug auf einen kommenden Weltkrieg sind, sondern auch eine ernste Mahnung, die Politik der Komintern nicht mehr zu unterstützen, im Gegenteil, zu bekämpfen zum Vorteil der weltrevolutionären Bewegung.

Solche Leute haben die Macht im Vaterlande der Arbeiter

In Berlin spielt sich gegenwärtig ein Prozeß ab, in dem die Hauptrolle ein gewisser Wladimir Orloff und ein Pawlonowski spielen.

Pawlonowski, ein Abkömmling der russischen Zarenhäuser, war während des Krieges unter der Kerenski-Regierung „Offizier für besondere Aufträge bei Stadtkommandanten in Petersburg“; d. h. bei der Spitzentrale gegen Kommunisten.

Von den Bolschewisten wurde er ernannt zum Leiter der „besonderen Abteilung des operativen Teiles“ der Tscheka, welches Amt er 5 Jahre lang bekleidete. 1923 wurde er wahrscheinlich seiner förmlichen Abstammung und seiner Henkerarbeit an revolutionären Arbeitern wegen — zum

Präsidenten der Sowjetvertretung in Berlin ernannt, und war es bis zu diesem Prozeß. Gleichzeitig war er angestellt in der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel und erhielt dafür ein Monatsgehalt von 200 M. und vom „Deutschen Reichskommissariat für öffentliche Ordnung“ 50 M. monatlich.

Sein Gehalt als Präsident der bolschewistischen Gesellschaft in Berlin und diese „Nebenverdienste“ genügt diesem Stalinisten noch nicht; er verdiente sich noch Geld durch Mitarbeit an dem berühmten Nachrichtenbüro des ehemaligen zarischen Offiziers Siewert, dessen Angestellter er so nebenbei auch war, und außerdem noch durch Mitarbeiten an der Fälscherzentrale Orloff.

Die Arbeit dieser Fälscherzentrale bestand darin, Dokumente zu fälschen oder falsche Dokumente herzustellen. Hier ein Beispiel ihrer „Arbeit“: Die amerikanischen Senatoren Borald und Norris traten für Handelsbeziehungen Nordamerikas mit Rußland ein. Flugs stellt Orloff Dokumente her, aus denen ersichtlich war, daß die beiden Senatoren je 100 000 Dollar von den Bolschewiki erhalten haben. Eine vom Senat eingesetzte Kommission erkannte jedoch diese Dokumente für falsch, worauf sich ein amerikanischer Journalist nach Berlin begab, um dem Ursprung dieser Dokumente nachzuspüren. Der dienstbereite Pawlonowski bot sich diesem zur Hilfe an und verdiente sich dabei 2000 Dollar, indem er den Journalisten und die Polizei zu der Fälscherzentrale hinführte, wo man allerlei „Arbeitsgerät“ entdeckte: amtliche Bogen, falsche Stempel usw. Nun, — und wer ist dieser Orloff?